

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

**Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften,
Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechtsentzug**

2002

Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im April 2004

Fachliche Informationen zu diesem Produkt können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt,
Zweigstelle Bonn, erfragen:
Gruppe VIII B - 1, Tel.: +49 (0) 18 88/644 - 8167, Fax: +49 (0) 18 88/644 - 89 94 oder Postfach 17 03 77, 53029 Bonn,
E Mail : jugendhilfe@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechtsentzug

Beschreibung	Registerblatt
Begriffliche und methodische Erläuterungen	<u>Erläuterung</u>
Übersicht über die in den Tabellen enthaltenen Erhebungsmerkmale	<u>Merkmals- übersicht</u>
Kinder und Jugendliche 2002 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie Beistandschaften	<u>Tab 1</u>
Kinder und Jugendliche 2002, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde	<u>Tab 2</u>
Vaterschaftsfeststellungen 2002	<u>Tab 3</u>
Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts	<u>Tab 4</u>
Ländertabellen	
Kinder und Jugendliche 2002 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie Beistandschaften nach Ländern	<u>LT 1</u>
Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts, Vaterschaftsfeststellungen sowie Pflegeerlaubnis nach Ländern 2002	<u>LT 2</u>
Zeitreihen 1991 - 2002	
Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechtsentzug	<u>ZR 1</u>

Erläuterungen

Allgemeine Erläuterungen

Rechtsgrundlage der Kinder- und Jugendhilfestatistiken ist das im früheren Bundesgebiet am 1.1.1991 und in den neuen Ländern am 3.10.1990 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG) als Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII). ¹⁾

Zu den Aufgaben der Jugendhilfe ²⁾ gehören die Pflege-schaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche.

Erläuterungen zur Statistik

Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechtsentzug

Aufgaben in Verbindung mit dem Vormundschafts- und Pflegschaftswesen gehören zu den traditionellen Aufgaben der Jugendämter und der an diesen Aufgaben beteiligten freien Vereinigungen.

Amtsvormundschaft ist eine vom Jugendamt ausgeübte Vormundschaft. Bei der Vormundschaft wird die elterliche Sorge (Vormundschaft über Minderjährige) von einem Dritten, dem Vormund, ausgeübt. Voraussetzung ist, dass das Kind oder der Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge steht. Kinder und Jugendliche bedürfen insbesondere dann eines Vormunds, wenn ihre Eltern als die eigentlichen gesetzlichen Vertreter entweder gestorben sind oder die elterliche Sorge nicht mehr ausüben dürfen (Sorgerechtsentzug) oder wollen (Adoptionsfreigabe). Einen Vormund erhalten auch Kinder minderjähriger Mütter, die nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet sind.

Man unterscheidet die bestellte Amtsvormundschaft und die gesetzliche Amtsvormundschaft. Bestellte Amtsvormundschaft tritt insbesondere durch den Entzug der elterlichen Sorge ein, gesetzliche Amtsvormundschaft, wenn ein Kind von einer minderjährigen Mutter geboren wird, die nicht mit dem Vater des Kindes verheiratet ist, oder wenn Eltern ihr Kind zur Adoption freigeben. Die Amtsvormundschaft erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge (Personensorge und Vermögenssorge).

Amtspflegschaft ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft. Pflegschaften dienen der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen einer Person; im Gegensatz zur Vormundschaft umfasst die Pflegschaft nur die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge.

Daher schließt die Amtsvormundschaft die Aufgaben der Amtspflegschaft ein. Dennoch können unter bestimmten Umständen Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft nebeneinander bestehen.

Bestellte Amtspflegschaften bedürfen der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht.

Gesetzliche Amtspflegschaften sind nach der Reform des Beistandschaftsgesetzes zum 1. Juli 1998 entfallen und wurden in Beistandschaften umgewandelt.

Beistandschaft ist die Unterstützung eines allein erziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Der Beistand nimmt nicht Angelegenheiten der elterlichen Sorge wahr, sondern unterstützt den Sorgeberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Sorge. Beistandschaften können zur Feststellung der Vaterschaft und / oder zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen beantragt werden. Beistandschaften sind daher von Erziehungsbeistandschaften (§ 30 SGB VIII) nach Voraussetzungen und Aufgabenstellung zu unterscheiden.

In der Statistik wird mit Hilfe eines Sammelbelegs der Bestand der verschiedenen Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften zum jeweiligen Jahresende erfasst. Gleiches gilt für die Pflegekinder, für die eigens eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde.

Demgegenüber wird die Zahl der Vaterschaftsfeststellungen in einer Jahressumme erfasst; ebenso die Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug des elterlichen Sorgerechts.

Diese Datei enthält umfassende Ergebnisse zu Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen und Sorgerechtsentzug.

¹⁾Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) - Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S.3546), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. April 2002 (BGBl. I S. 1239).

²⁾Einen umfassenden Überblick über die Aufgaben der Jugendhilfe und der Jugendhilfestatistik ab 1991 gibt Ulrich Hoffmann: "Neuordnung der Jugendhilfestatistik", in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1991, S.153 ff.

Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

**Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflege-
erlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen, Sorgerechtsentzug**

Übersicht über die in den Tabellen enthaltenen Erhebungsmerkmale

Auszählgruppe Erhebungsmerkmale	Tabellen-Nr.						
	1	2	3	4	LT 1	LT 2	ZR 1
Pflegschaften	X				X		X
Vormundschaften	X				X		X
Beistandschaften	X				X		X
Pflegeerlaubnis		X				X	X
Vaterschaftsfeststellung			X			X	X
Sorgerechtsentzug				X		X	X
Geschlecht	X	X		X	X		
Staatsangehörigkeit	X				X		
Länder					X	X	

Staatsangehörigkeit — Geschlecht	Kinder und Jugendliche am Jahresende				
	unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				mit Beistandschaften
	gesetzliche Amtsvormundschaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormundschaft	
		insgesamt	darunter in Unterhalts- pflegschaften		

Anzahl

Insgesamt	10 268	24 857	984	31 721	667 828
männlich	5 136	12 632	493	16 638	339 420
weiblich	5 132	12 225	491	15 083	328 408
Deutsch	9 143	22 424	.	26 965	636 944
männlich	4 572	11 291	.	13 476	323 549
weiblich	4 571	11 133	.	13 489	313 395
Nicht Deutsch	1 125	2 433	.	4 756	30 884
männlich	564	1 341	.	3 162	15 871
weiblich	561	1 092	.	1 594	15 013

Prozent

Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
männlich	50,0	50,8	50,1	52,5	50,8
weiblich	50,0	49,2	49,9	47,5	49,2
Deutsch	89,0	90,2	.	85,0	95,4
männlich	44,5	45,4	.	42,5	48,4
weiblich	44,5	44,8	.	42,5	46,9
Nicht Deutsch	11,0	9,8	.	15,0	4,6
männlich	5,5	5,4	.	10,0	2,4
weiblich	5,5	4,4	.	5,0	2,2

Geschlecht	Kinder und Jugendliche am Jahresende			
	insgesamt	in Vollpflege	in Wochenpflege	in Tagespflege

Anzahl

Insgesamt	12 256	4 713	82	7 461
männlich	6 194	2 339	43	3 812
weiblich	6 062	2 374	39	3 649

Prozent

Insgesamt	100,0	38,5	0,7	60,9
männlich	100,0	37,8	0,7	61,5
weiblich	100,0	39,2	0,6	60,2

3 Vaterschaftsfeststellungen 2002

Gegenstand der Nachweisung	Anzahl	%
Fälle insgesamt 1)	104 569	100,0
Vaterschaft festgestellt	101 113	96,7
durch freiwillige Anerkennung	93 116	89,0
durch gerichtliche Entscheidung	7 997	7,6
Vaterschaft nicht festgestellt	3 456	3,3

1) Nur die von Jugendämtern erfassten Fälle.

4 Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts 2002

Geschlecht	Kinder und Jugendliche im Berichtsjahr					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl			%		
Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	8 536	4 268	4 268	100,0	50,0	50,0
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	8 123	4 052	4 071	100,0	49,9	50,1
Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	6 389	3 176	3 213	100,0	49,7	50,3
dar. nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	2 501	1 243	1 258	100,0	49,7	50,3

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen
									Insgesamt
Kinder und Jugendliche am Jahresende									
unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft									
1	gesetzliche Amtsvormundschaft	10 268	957	965	400	418	126	253	616
2	männlich	5 136	510	479	205	213	65	126	320
3	weiblich	5 132	447	486	195	205	61	127	296
4	je 10 000 Kinder und Jugendliche 1)	7	5	4	7	9	11	9	6
5	bestellte Amtspflegschaft	24 857	2 005	3 408	1 721	1 063	356	837	1 678
6	männlich	12 632	1 024	1 717	864	557	175	443	894
7	weiblich	12 225	981	1 691	857	506	181	394	784
8	je 10 000 Kinder und Jugendliche 1)	16	10	14	31	24	32	30	15
9	dar. in Unterhaltspflegschaften	984	31	49	17	9	49	12	115
10	bestellte Amtsvormundschaft	31 721	2 220	2 579	1 447	1 459	329	1 559	2 228
mit Beistandschaften									
11	insgesamt	667 828	74 143	89 902	66 878	24 450	6 608	11 359	46 172
12	männlich	339 420	37 515	45 553	34 144	12 509	3 349	5 964	23 331
13	weiblich	328 408	36 628	44 349	32 734	11 941	3 259	5 395	22 841
14	je 10 000 Kinder und Jugendliche 1)	434	353	377	1 215	548	601	410	413
									Deut
Kinder und Jugendliche am Jahresende									
unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft									
15	gesetzliche Amtsvormundschaft	9 143	814	855	391	417	110	174	463
16	männlich	4 572	424	429	200	212	57	89	246
17	weiblich	4 571	390	426	191	205	53	85	217
18	bestellte Amtspflegschaft	22 424	1 714	3 043	1 627	1 042	332	581	1 295
19	männlich	11 291	871	1 528	805	540	167	305	635
20	weiblich	11 133	843	1 515	822	502	165	276	660
21	bestellte Amtsvormundschaft	26 965	1 798	1 904	1 419	1 419	329	853	1 684
mit Beistandschaften									
22	insgesamt	636 944	69 511	85 023	66 361	24 446	6 359	10 496	42 290
23	männlich	323 549	35 118	43 045	33 863	12 507	3 228	5 542	21 422
24	weiblich	313 395	34 393	41 978	32 498	11 939	3 131	4 954	20 868
									Nicht
Kinder und Jugendliche am Jahresende									
unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft									
25	gesetzliche Amtsvormundschaft	1 125	143	110	9	1	16	79	153
26	bestellte Amtspflegschaft	2 433	291	365	94	21	24	256	383
27	bestellte Amtsvormundschaft	4 756	422	675	28	40	-	706	544
mit Beistandschaften									
28	insgesamt	30 884	4 632	4 879	517	4	249	863	3 882
29	männlich	15 871	2 397	2 508	281	2	121	422	1 909
30	weiblich	15 013	2 235	2 371	236	2	128	441	1 973

Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Länder ohne Berlin	Lfd. Nr.
samt											
361	1 067	2 363	686	136	607	483	431	399	7 600	2 268	1
173	540	1 187	340	64	306	219	202	187	3 833	1 098	2
188	527	1 176	346	72	301	264	229	212	3 767	1 170	3
12	7	7	9	7	9	11	8	10	6	10	4
508	2 731	5 175	1 410	171	1 187	899	1 070	638	18 841	4 295	5
239	1 352	2 656	696	91	575	474	550	325	9 598	2 170	6
269	1 379	2 519	714	80	612	425	520	313	9 243	2 125	7
16	17	15	18	9	17	21	20	16	15	19	8
9	165	318	63	-	76	46	11	14	813	154	9
710	3 185	8 868	2 023	308	1 556	1 175	1 378	697	24 677	5 597	10
6 637	72 504	162 135	38 983	11 123	15 516	10 896	23 290	7 232	536 219	64 731	11
3 374	36 367	82 599	19 954	5 771	7 771	5 786	11 842	3 591	272 245	33 031	12
3 263	36 137	79 536	19 029	5 352	7 745	5 110	11 448	3 641	263 974	31 700	13
214	462	465	497	588	223	258	436	183	427	285	14
sche											
352	898	2 069	611	125	603	475	398	388	6 517	2 235	15
166	457	1 043	302	60	304	215	188	180	3 295	1 077	16
186	441	1 026	309	65	299	260	210	208	3 222	1 158	17
506	2 532	4 611	1 284	160	1 168	873	1 022	634	16 574	4 223	18
238	1 250	2 382	633	86	560	449	521	321	8 378	2 108	19
268	1 282	2 229	651	74	608	424	501	313	8 196	2 115	20
685	2 893	7 576	1 708	287	1 389	1 105	1 286	630	20 318	5 228	21
6 633	70 688	151 150	36 984	10 649	15 513	10 561	23 051	7 229	506 201	64 382	22
3 372	35 419	76 947	18 894	5 522	7 770	5 600	11 709	3 591	256 846	32 840	23
3 261	35 269	74 203	18 090	5 127	7 743	4 961	11 342	3 638	249 355	31 542	24
deutsche											
9	169	294	75	11	4	8	33	11	1 083	33	25
2	199	564	126	11	19	26	48	4	2 267	72	26
25	292	1 292	315	21	167	70	92	67	4 359	369	27
4	1 816	10 985	1 999	474	3	335	239	3	30 018	349	28
2	948	5 652	1 060	249	1	186	133	-	15 399	191	29
2	868	5 333	939	225	2	149	106	3	14 619	158	30

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Deutschland	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen
Im Berichtsjahr									
1	Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	8 536	967	1 215	405	247	77	368	536
2	männlich	4 268	506	605	203	120	44	190	278
3	weiblich	4 268	461	610	202	127	33	178	258
4	Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge für Kinder und Jugendliche	8 123	746	1 370	311	258	83	342	468
5	männlich	4 052	396	691	151	117	42	181	240
6	weiblich	4 071	350	679	160	141	41	161	228
7	Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt für Kinder und Jugendliche	6 389	425	959	232	220	82	291	438
8	männlich	3 176	212	483	121	103	41	140	224
9	weiblich	3 213	213	476	111	117	41	151	214
10	dar. nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	2 501	174	496	103	63	44	70	195
11	männlich	1 243	78	254	55	28	19	31	95
12	weiblich	1 258	96	242	48	35	25	39	100
Vaterschaftsfeststellungen 1)									
13	Fälle insgesamt	104 569	7 413	8 509	9 528	4 967	317	1 737	5 667
14	Vaterschaft festgestellt	101 113	7 120	8 270	9 304	4 926	317	1 675	5 376
15	durch freiwillige Anerkennung	93 116	6 600	7 572	9 021	4 538	282	1 507	4 933
16	durch gerichtliche Entscheidung	7 997	520	698	283	388	35	168	443
17	Vaterschaft nicht festgestellt	3 456	293	239	224	41	-	62	291
Am Jahresende									
18	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflege-erlaubnis erteilt wurde	12 256	1 392	1 330	2 082	194	353	1 011	840
19	männlich	6 194	715	680	1 074	114	180	493	409
20	weiblich	6 062	677	650	1 008	80	173	518	431
21	in Vollpflege	4 713	747	436	340	21	266	191	325
22	männlich	2 339	379	219	171	13	136	91	152
23	weiblich	2 374	368	217	169	8	130	100	173
24	in Wochenpflege	82	24	17	2	-	8	3	7
25	in Tagespflege	7 461	621	877	1 740	173	79	817	508

1) Nur die von den Jugendämtern erfassten Fälle.

Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Länder ohne Berlin	Lfd. Nr.
177	688	2 206	480	78	411	186	295	200	6 910	1 221	1
84	332	1 071	242	36	206	102	157	92	3 461	604	2
93	356	1 135	238	42	205	84	138	108	3 449	617	3
156	777	2 194	360	74	373	145	290	176	6 704	1 108	4
67	377	1 082	178	36	184	78	151	81	3 374	527	5
89	400	1 112	182	38	189	67	139	95	3 330	581	6
137	620	1 831	299	55	312	114	245	129	5 245	912	7
60	298	912	157	20	157	58	130	60	2 617	438	8
77	322	919	142	35	155	56	115	69	2 628	474	9
26	271	690	120	26	75	18	111	19	2 197	201	10
11	127	347	64	11	37	12	66	8	1 092	96	11
15	144	343	56	15	38	6	45	11	1 105	105	12
5 577	7 972	19 207	3 976	886	11 312	7 825	2 761	6 915	58 445	36 596	13
5 486	7 696	17 895	3 784	844	11 222	7 732	2 669	6 797	55 646	36 163	14
5 093	6 767	15 758	3 407	760	10 703	7 302	2 384	6 489	49 970	34 125	15
393	929	2 137	377	84	519	430	285	308	5 676	2 038	16
91	276	1 312	192	42	90	93	92	118	2 799	433	17
940	2 613	668	354	200	128	11	135	5	8 896	1 278	18
467	1 300	326	183	106	65	5	74	3	4 466	654	19
473	1 313	342	171	94	63	6	61	2	4 430	624	20
160	1 589	158	272	168	9	11	15	5	4 167	206	21
77	788	74	133	88	3	5	7	3	2 067	101	22
83	801	84	139	80	6	6	8	2	2 100	105	23
-	8	9	3	1	-	-	-	-	80	-	24
780	1 016	501	79	31	119	-	120	-	4 649	1 072	25

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften Kinder und Jugendliche am Jahresende						
	unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft						
1	gesetzliche Amtspflegschaft 1)	501 521	532 359	555 077	580 805	604 171	630 035
2	je 10 000 Kinder und Jugendliche 2)	323	339	350	366	380	396
3	bestellte Amtspflegschaft	24 209	26 394	29 323	29 503	31 130	31 909
4	je 10 000 Kinder und Jugendliche 2)	16	17	19	19	20	20
5	darunter in Unterhaltspflegschaften	3 554	4 777	5 339	4 620	4 772	5 067
6	gesetzliche Amtsvormundschaft	11 301	11 862	12 202	12 098	12 278	12 681
7	je 10 000 Kinder und Jugendliche 2)	7	8	8	8	8	8
8	bestellte Amtsvormundschaft	29 270	31 530	33 104	33 761	35 414	36 012
9	unter Beistandschaft für Elternteile 1)	85 052	98 324	111 773	118 605	130 558	132 154
10	darunter in Unterhaltsbeistandschaften 3)	69 780	84 796	97 510	102 493	116 036	118 148
	Sorgerechtsentzug Im Berichtsjahr						
11	Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge für Kinder und Jugendliche	8 759	9 160	9 277	9 129	9 220	9 518
12	Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge für Kinder und Jugendliche	6 998	7 288	7 570	7 733	8 477	8 163
13	Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt für Kinder und Jugendliche	6 818	7 930	8 240	7 730	7 550	7 404
14	dar. nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	3 283	3 749	3 785	3 347	3 373	3 075
	Vaterschaftsfeststellungen 4) Im Berichtsjahr						
15	Fälle insgesamt	127 286	126 994	127 456	125 958	127 865	137 417
16	Vaterschaft festgestellt	116 715	116 509	117 631	116 288	118 764	128 517
17	durch freiwillige Anerkennung	109 109	109 224	110 016	108 357	110 898	120 194
18	durch gerichtliche Entscheidung	7 606	7 285	7 615	7 931	7 866	8 323
19	Vaterschaft nicht festgestellt	10 571	10 485	9 825	9 670	9 101	8 900
	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde (am Jahresende)						
20	in Vollpflege	8 481	9 034	9 456	8 599	8 675	7 392
21	in Wochenpflege	449	314	250	221	249	722
22	in Tagespflege	6 641	6 017	6 369	5 916	6 702	7 533

1) Die gesetzlichen Amtspflegschaften sind seit dem 1.7.1998 entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4.12.1997 (BGBl. I, S. 2846).

2) Bevölkerungsstand: 31.12.

3) Ab 2000 werden Unterhaltsbeistandschaften nicht mehr ausgewiesen.

4) Ab 1998 nur die bei den Jugendämtern erfaßten Fälle.

und Jugendhilfe 1991 - 2002

schaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis,
stellungen, Sorgerecht

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Lfd. Nr.
650 635	-	-	-	-	-	1
410	-	-	-	-	-	2
32 300	28 046	25 203	24 607	24 646	24 857	3
20	18	16	16	16	16	4
4 631	2 669	1 717	1 546	931	984	5
12 667	13 001	10 851	10 075	10 388	10 268	6
8	8	7	6	7	7	7
35 838	35 272	33 221	33 056	32 851	31 721	8
130 285	706 414	673 503	660 304	663 920	667 828	9
113 538	261 273	393 106	-	-	-	10
8 969	8 393	8 413	8 496	8 985	8 536	11
7 984	7 717	7 774	7 505	8 099	8 123	12
7 159	6 380	6 220	6 094	6 548	6 389	13
3 053	2 710	2 539	2 526	2 761	2 501	14
148 959	136 029	110 348	105 108	104 483	104 569	15
140 333	129 483	105 064	100 801	100 788	101 113	16
131 908	120 864	97 231	93 095	93 443	93 116	17
8 425	8 619	7 833	7 706	7 345	7 997	18
8 626	6 546	5 284	4 307	3 695	3 456	19
6 831	6 556	7 078	5 702	5 201	4 713	20
163	105	83	82	81	82	21
6 797	6 937	7 578	7 351	9 014	7 461	22